

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 21 (1980)
Heft: 7

Artikel: "Mein Postkrieg"
Autor: Makarenko, Michail
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093883>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Michail Makarenko über den Umgang mit der sowjetischen Briefzensur

«Mein Postkrieg»

In der vorletzten Nummer hatte Michail Makarenko gesagt, was sowjetische Dissidente von einem Westen denken, der sich ihrem Kampf gegenüber als Streikbrecher verhält. Heute lassen wir Makarenko über einen sozusagen technischen Komplex zu Wort kommen. Er hat uns im

Gespräch im SOI erzählt, wie er hier im Westen postalisch mit den Sowjetbehörden umgeht und wie sich das Briefproblem in der UdSSR selbst stellt, zum Beispiel für Politgefangene oder deren Angehörige und Freunde. Und schliesslich andersherum auch für das KGB.

Michail Makarenko, haben Sie Kontakte mit Ihren Freunden in der UdSSR?

Sehr gute Kontakte. Ich lebe heute in der BRD. Von dort aus kann ich innerhalb von zwei bis vier Wochen brieflich Informationen in die UdSSR bringen und innerhalb des gleichen Zeitraums im Austausch auch Informationen aus der UdSSR zurückerhalten. Das funktioniert auch mit kleineren Paketen.

Das lässt sich ohne weiteres bewerkstelligen?

Nein, nicht ohne weiteres. Seit einem Jahr führe ich hier im Westen meinen «Postkrieg» gegen die UdSSR. Die Grundlage bilden internationale postalische Vereinbarungen, welche die UdSSR unterschrieben hat. Und weil die sowjetischen Behörden sich nicht von selber an ihre Verpflichtungen halten, geht es konkret darum, wie man ihnen nachhelfen kann.

Das wichtigste Instrument hierbei sind die Sendungen, die man im zwischenstaatlichen Verkehr mit einem Rückschein aufgeben kann. Der Absender hat dann ein Anrecht darauf, die Empfangsbestätigung mit der Unterschrift des Adressaten zurückzuerhalten. Wenn das nicht klappt, ist die Post des Empfangslandes zu einer Entschädigung verpflichtet, die man via Post des Aufgeberlandes einfordern muss. Ich habe meinen Postkrieg unter mühsamen Bedingungen angefangen; heute beginnt er Dividenden abzuwerfen.

Weil man Ihre Briefe jetzt zustellt, oder weil man sie vergütet?

Teils, teils. Die Zustellung eines bestimmten Briefes kann man nicht garantieren. Die Wahrscheinlichkeit, dass man in der UdSSR einen Brief von einem Renegaten unterschlägt, ist nach wie vor gross.

Um dagegen anzukämpfen, gibt es eine zusätzliche Methode: die Massenaufgabe. Wenn ich einem Freund schreibe, stelle ich 100 Xerox-

Kopien her und verschicke sie gleichzeitig an andere Bekannte, immer eingeschrieben und mit Rückschein versehen. Ich schätze, dass 20 bis 30 Prozent der Briefe ihren Adressaten erreichen. Von selbst läuft auch sonst nichts. So muss man sich gegen die Möglichkeit vorsehen, dass die Zensur die Empfangsbestätigung fälscht. Dagegen habe ich mich gerüstet mit einer Sammlung echter Unterschriften von meinen Freunden. Allmählich entsteht auch eine Sammlung von gefälschten Unterschriften auf den Rückscheinen. Wenn ich eine neue Fälschung feststelle, reklamiere ich bei der Bundespost. Eine langwierige Sache, aber man muss sie durchstehen.

Wie steht es mit den Briefen an politische Gefangene?

Natürlich ist nicht zu erwarten, dass ihnen die Gefängnisverwaltung einen Brief mit politischer Information aushändigt. Aber trotzdem kann man ihnen mit postalischen Mitteln helfen. Häftlinge leiden an Hunger und müssen ihre Lebensmittelration durch Käufe vom Gefängniskiosk ergänzen. Dazu brauchen sie Geld. Ihnen hilft man durch die Zustellung von informativ völlig belanglosen Ansichtskarten, die aber in der UdSSR gefragt sind. So gibt es im Westen die sogenannten «Stereo-Karten», und solche werden den Gefangenen von den Aufsehern gerne abgekauft; man zahlt tatsächlich bis zu fünf Rubel dafür.

Und worüber können die Häftlinge ihrerseits schreiben?

Jeder Brief
in
Massenaufgabe

Gefangene haben das Recht, sich wegen schlechter Behandlung und Ungesetzlichkeiten zu beschweren. Nur nützt das praktisch wenig, wenn man sich an den Instanzenweg hält. Die Beschwerden bleiben dann de facto im gleichen Apparat, der für die Ungesetzlichkeiten selber verantwortlich ist, und er entscheidet letztlich in eigener Sache.

Aufklärung für Talmi-Sowjets

Das gilt auch für Beschwerden oder Meldungen, die man an den Obersten Sowjet richtet. Die Abgeordneten erhalten sie gar nicht zu Gesicht. Im Namen der zuständigen Kommission wird die Angelegenheit von einem Büro behandelt, das unter KGB-Kontrolle steht, und alles bleibt im Kreislauf des Sicherheitsdienstes. Auch unter diesen Umständen ist eine Reklamation besser als keine, aber ein direkter Nutzwert ist nicht zu erwarten.

So ist man auf eine bessere Methode gekommen. Häftlinge oder deren Angehörige und Bekannte schreiben an Abgeordnete persönlich, um sie über die Bedingungen in Gefängnis und Lager zu orientieren. Man schreibt ihnen nicht an ihren Amtssitz, sondern an ihre persönliche Wohnadresse, und zwar unter Weglassung ihres amtlichen Titels, womöglich in familiärer Schreibweise ihres Vornamens, z. B. Wanja (statt Iwan) Iwanow.

Ist das wirklich so etwas anderes? Der Oberste Sowjet hat doch die Beschlüsse des Apparats abzugeben. Seine Mitglieder gehören ihm entweder

selber an, oder sie sind mit ihrer Komplizenrolle von vornherein einverstanden. Was ist da Ihre persönliche Anrufung wert?

Von der Frage nach der jeweiligen Person abgesehen, vielleicht mehr, als Sie meinen.

Die Übung erhält ihren eigentlichen Sinn dadurch, dass es sich lange nicht bei allen Mitgliedern des Obersten Sowjets um Apparatschiki handelt. 40 bis 50 Prozent von ihnen wissen so gut wie nichts von dem, was der Apparat mit ihrer Zustimmung macht. Das sind die Leute, die man aus Rücksicht auf die gewünschte soziale Zusammensetzung des Obersten Sowjets als Alibifiguren hineingenommen hat: Vorarbeiter, Verkaufsangestellte, Melkerinnen... Wenn man ihnen die politische Verfolgung schildert, ist das für sie und oft für ihre Familie eine echte Aufklärung.

Auf diese Art verbreitet man sozusagen legalisierte Flugblätter: nach Möglichkeit auch eingeschrieben und mit Rückschein. Nicht nur wegen der Empfangskontrolle an sich. Es geht zusätzlich noch um den Beleg, dass diese Leute orientiert sind; sie sollen dereinst nicht auf Unkenntnis plädieren können.

Allerdings gibt sich das KGB besondere Mühe, solche Briefe abzufangen.

Was nebenbei zeigt, dass es wirklich «etwas anderes» ist... Aber wenn es schon darauf ankommt: Ist die Postzensur denn nicht imstande, alle missliebigen Briefe aufzufangen, ausnahmslos?

Das ist ganz einfach eine Frage von Aufwand und Ertrag. Es gibt in der UdSSR jährlich 6 Milliarden reguläre Postsendungen (gut 20 pro Jahr und Einwohner); da ist die totale Kontrolle entsprechend schwer.

Die Zahlen beziehen sich wohlverstanden auf die öffentliche, auf die «normale» Post.

Der GSP, die Parallelpост

Dann gibt es also noch eine andere. Was ist mit ihr?

Vom sowjetischen Postwesen ist die der westlichen PTT vergleichbare «Potschta SSSR» der nach aussen sichtbare, offene Teil. Aber der kleinere, Daneben und dahinter gibt es den Staatspostdienst, den GSP. Er ist der Öffentlichkeit entzogen. Als diskreter Parallelbetrieb ist seine Organisation in jedes Postamt eingebaut und verfügt darüber hinaus über zusätzliche eigene Aemter.

Die Hauptaufgabe des GSP besteht darin, den Postverkehr zwischen staatlichen Instanzen sicherzustellen. Hierzu werden die 300 000 regulären Briefträger nicht benötigt. Man hat einen separaten Austragungsdienst mit bewachten Autos. Die Postsäcke sind mit Sicherheitsschlössern versehen. Jeder Wechsel zwischen den Boten wird quittiert, und die Postsache wird dem Empfänger nur gegen Unterschrift ausgehändigt.

Eine parallele Organisation regelt den Postverkehr zwischen Armeedienststellen, KGB und Innenministerium haben ihren eigenen Kurierdienst. Was die Soldatenpost angeht, so gelangt sie am Ende durch die reguläre Post zu den Angehörigen, aber ohne den Stempel der zuständigen Armeepflichtstelle wird sie schon gar nicht weitergeleitet.

Was der GSP quantitativ bewältigt, ist fast nicht vorstellbar. Ein Beispiel aus der Sowjetpresse: Der Direktor eines Bergwerks im Donbass erhält 12 000 GSP-Sachen pro Jahr. Im Schnitt also vielleicht sechs dieser extra-wichtigen Sendungen pro Arbeitsstunde. Nicht zu bewältigen. So kommen die Instanzen der staatlichen Bürokratie einander in die Quere. Und dann wundern sich Minister in Reden und «Prawda»-Artikeln darüber, dass man ihre Anordnungen und Vorkehrungen missachtet habe, obwohl sie den Verantwortlichen zur Kenntnis gebracht worden seien.

Und der ganze bürokratische Ausstoss in einem abgeschirmten Verteilersystem... Ist das der Reflex? Alles zur Geheimsache machen, was nicht zur Veröffentlichung bestimmt ist?

Es gibt auch konkrete Angst vor dem Entdecktwerden. Das Maximum an Sicherheitsbestimmungen gilt der Korrespondenz von KGB-Stellen. Das ist soweit natürlich. Aber es geht bis zur Groteske. Ich kann Ihnen das an einem Beispiel aus meiner eigenen Erfahrung zeigen.

Im Gefängnis von Wladimir schrieb ich zahlreiche Beschwerden, und eines Tages war eine Antwort vom Büro des stellvertretenden KGB-Chefs eingetroffen. Aber man dachte nicht daran, sie mir etwa auszuhändigen.

Man führte mich in die Spezialabteilung, in einen geschlossenen Raum. Dort erwarteten mich der zuständige KGB-Funktionär des Gefängnisses und ein Zeuge. Der Beamte schrieb feierlich die Uhrzeit auf. Dann produzierte er den Brief, der übers Kreuz zugenäht war. Dann öffnete er ihn. Dann las er ihn vor.

Als dieses Prozedere vorüber war, sollte ich mit meiner Unterschrift den Empfang der Antwort bestätigen. Dazu legte man mir das Schreiben auf den Tisch vor und deckte den gesamten Text ab. Frei blieb nur die Stelle weissen Papiers, auf der ich meinen Namen hinsetzen sollte, neben dem mir verborgenen Absender.

Nun tat ich das, was politische Gefangene in solchen Situationen grundsätzlich tun sollten: ich weigerte mich. Wenn ich schon einen Text gegenzeichnen sollte, müsse ich ihn schon mit eigenen Augen lesen, und wer mir garantierte, dass ich da

Ein Brief an mich vom KGB

nicht zum Beispiel mein eigenes Todesurteil unterschreibe?

Und siehe da: Man gab mir den Text zu lesen. Unten war der Absender vermerkt, aber leider nur als Funktionsbeschreibung ohne Namen. Gut, ich unterschrieb. Dann nahm ich das Blatt, wie um es zurückzureichen, in die Hand und kehrte es schnell um. Auf der Rückseite stand es: «Ausgeführt von Major X. Y. in einem Exemplar. An den Absender zurückschicken.»

Ich hatte wieder eine Information für meine Zusammenstellung von einer Art Who is Who der Organe. ■



Abgeordnete des Obersten Sowjets: Für Dissidente dann anrufbar, wenn sie nur Aushängeschilder und keine Apparatschiki sind.

